

Zeitung werden Mietzinsen 10
bis 1000, 5 bis 100000
Groschen pro Jahr, durch die Zeitung
oder der Herausgeber zu entrichten.
Die Norm eines einfachen
Geschäftsbüroes ist 15 Groschen.
Die Seite 20 Groschen.
Eine Zeitung für das 100000
bis 1000000 Groschen vor Brüder
und nicht gießen.

Einfache, unverzweigte Zeitungen
und unbedeutende Personen und
Familien mit einer gegen
Verdauungsbeschwerde, Ladung durch
Familien oder Verdauung.
Sich selbst führen ist sehr. Die
Zeitung für die Arbeit - Brüder
und nicht einen Gefangen die Welt
auf 20 Groschen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Freundenliste.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schlossstrasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller Staats-
papiere, Pfandbriefe, Aktien etc.
Auszahlung aller Coupons. Un-
entgegnetliche Kontrolle der Verlos-
ung aller Wertpapiere. Alles
auch auf brieflichem Wege.
Domicillette für Wechsel.

E. Hirschfeld's
Reitbahn u. Tattersall u.
Pensionsstallungen,
2 Struvestrasse 2.
Annahme von Pferdeausfertigungen.

Reitunterricht für Damen, Herren
u. Kinder zu jeder Tageszeit. Früh
7 Uhr. Cavalcade nach auswärts,
Pferd 3 Mk., im Abonnement billiger.
Auswahl in 30 eleganten Ver-
leihpferden mit vollständig neuem
Sattelzeug. Ausleihen hochellegant.
Fahrgeschäfte z. Sollustkutschieren.

Kinder-Garderoben-Magazin
von J. Boss, Wilsdrufferstrasse 43
empfiehlt ein reichhaltiges Lager eleganter Garderobe
für Knaben und Mädchen bis zum Alter von 16 Jahren.
Bestellungen nach Maass werden in eigenen Ateliers
prompt erledigt.

Jg. 122. 25. Jahrg. 1880.

Witterungsaussichten: Wechselnde Bewölkung, zeitweise heiter, kühl, trocken.

Politisches.

Vielleicht noch eine Woche vor Münster wird der Reichstag am Ende seiner Thätigkeit stehen. Der Seniorencouvent, d. h. die Vereinigung der Parteiführer des Reichstages, ist zusammengetreten, hat die Geschäftslage geprüft und gefunden, daß am 11., vielleicht schon am 8. Mai der Reichstagstisch erfolgen kann. Bis dahin steht es allerdings nicht an Arbeit. Das Sozialistische und das Bürgerschaft erwartet die lezte Handanlegung; das Stempelsteuergesetz ist einem Ausklang gegangen, der, wenn er überhaupt das Gesetz in Angriff nimmt, was noch zweifelhaft, sich darauf befrüchten wird, die Börse steigt aus dem Untergang herauszuhüpfen und alles Uebrige, namentlich die Quittungssteuer, in die Abreise zu schütten. Ferner harrt noch die Verlängerung der Handelsverträge mit Österreich und Belgien des parlamentarischen Ja und Amen; das Münzgesetz wird Anfang zu lebhaften Auseinandersetzungen geben; das Gesetz über die Kästenstaatsfahrt jedoch wenig Arbeit mehr verursachen. Die Landwirthe bringen auf Durchberatung des Gesetzes zum Schutz gegen Viehkrankheiten; die Konservativen und die Vertreter der Handwerker auf Beschlusssitzung über ihre auf Revision der Gewerbeordnung und Einführung von Innungen einigten Anträge. Wenig Aufschub hat die Vorlage wegen zweijähriger Budgetperiode im Reichshaushalt, sowie das Biersteuergesetz noch einmal berathen zu werden. Noch tiefs im Bundesrat steht die Krüppelsteuer und der Antrag Preußens auf Einverleibung des Reichsstaates und St. Pauli in das Zollvereinsgebiet. Letztere Frage kommt auch in Gestalt einer Interpellation in den Reichstag. So ungefähr ist die Geschäftslage im Reichstag. Man sieht, die Abgeordneten müssen sich rütteln, um Alles fertig zu bringen. Da schreibt denn der neu in den Reichstag gewählte Führer der preußischen Fortschrittspartei, Dr. Brixow, neuen Arbeitskampf auf den Werplatz. Der Antrag, den Reichstagsabgeordneten Diäten zu gewähren, ist eine alte Forderung; wiederholt haben frühere Reichstags sitze erhoben, ohne daß der Reichstagsfänger sie berücksichtigt hätte. Statt der Diäten gewährte er Freikarten auf den Eisenbahnen. Da aber unser Volkvertreteter mittels derselben auf Reglementkosten ebenso gut von Berlin weg-, als nach Berlin hinreisen können, so hat sich die freie Benutzung der deutschen Eisenbahnen mehr als ein Mittel, den Reichstag zu leeren, als ihn zu füllen, herausgestellt. Da nun sich ergeben hat, daß die Kosten, welche die Eisenbahnen dem Reiche für diese Ferfahrten der Abgeordneten berechnen, so hoch kommen, als wenn jeder den Tag 15 Mark Diäten bekäme, so wäre es wirtschaftlich eine praktische Erwügung, die Freifahrtskarten wieder abzuwischen und dafür Diäten zu zahlen. Doch wird dieser erste Antrag Brixow's, wie sein gleich zu erwähnender zweiter und der Antrag Böls, auf Herauslösung der Befreiungsfähigkeitsziffer, im Reichstag nicht mehr zur Beratung kommen.

Ein anderer Antrag Brixow's bezweckt die Gegenwart des Reichstags in Reichstags. Der einzige der Volkvertretung verantwortliche Beamte soll vor ihr erscheinen, Rede und Antwort stehen und über seine Wände Ausschluß geben. Das ist ein so bescheidenes und naturgemähes Verlangen, daß man es in wenigen Jahren nicht begreifen wird, wie z. B. der größte Thell des jetzt versammelten Reichstages hat vorübergehen können, ohne daß die Volkvertretung auch nur ein einziges Mal den Kämpfer zu Gehör bekommen hat, mohren auch die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik zur Beratung stehen. Gleichwohl weiß alle Welt, welche Ausnahme dieses Verlangen Brixow's bei dem Kämpfer finden muß, der unsicher eine gegen ihn gerichtete Spize herausführt. Gerade jetzt, wo ein Schneegesäß über neuen Steuern über dem Reichstage sich erstreckt, wäre es für diesen sehr wertvoll, die Steuerpläne des Fürsten Bismarck im Ganzen kennen zu lernen. Man erfährt ja nur einzelne, Bruchstücke, Widersprechendes. Nur soviel weiß man, daß er seine Steuerpläne keineswegs für abgeschlossen hält. Eine Steuerverfassung auf den Weg „kleiner Bissen“ verweisen, heißt ihre Durchführung verteilen, so soll er sich grüßt haben. Als auf große Bissen kommt's an; denn das Reich müsse massenhafte Einnahmen erhalten. Nun, zu viele kleine Bissen auf einmal äußern die Wirkung großer Bissen; sie bleiben mitunter im Hause stecken. Jetzt bereits ereignet sich der originelle Fall, daß von allen Steuervorlagen keine einzige zum Abschluß in dieser Session kommt.

Der Wahlsieg der Sozialdemokraten in Hamburg beschäftigt noch immer die öffentliche Meinung in hohem Grade. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Verhaftung des Hartmann'schen Wahlcomités und seine abschäßige Freiheit, das Verbot der Geldsammlungen und die Konfiszierung der Wahlkäufe, sowie die Beschlagnahme selbst heraustritten der Wahlauftreter des Sozialdemokraten zu der Glorie des Widerstandes verschafft haben. In jeder Volksmenge wird es zahlreiche Menschen geben, die ohne Weiteres mit einem Verfolgten sympathisieren. Diese Kunst wird den Hamburger Sozialdemokraten durch die politischen Maßregelungen verschaffen. Nicht wenig aber half zu ihrem Siege der Handwerkerpartei, der Künstler, die aus Sorn gegen die Fortschrittspartei, welche von Innungen nichts wissen will und für Gewerbefreiheit schwärmt, übergleiten, wieglein nur verschämt die Neben wieder, welche in einer „Verhandlung eines ehrenbaren Kaufmanns“ in Hamburg so heißt, dort die Söhne der Kaufleute gehalten wurden. Man sprach von „einem Überschuss unseres guten Rechts“; so hätte der seltige Bundesrat gewiß nie gehandelt: Hamburg sei nicht gewöhnt, daß seine Interessen in Berlin mit Wohlwollen oder auch nur mit Sachkenntniß behandelt würden, aber jetzt habe man es hier mit der bloßen Gewalt zu tun. Es fielen Schimpftreden auf das Benehmen des „Guten“

bürgers von Hamburg“. Kurz die kanzlerskommunisten hanßen führten gar trügerische Reden. Was man ihnen gar nicht verbieten kann. Wenn uns auf einmal eine Zolllinie quer durch die Stadt gezogen und viele Tausende von Fußgängern, Pferdebahnern, Omnibusen und Fuhrwerken einer Zollkontrolle unterworfen würden — das Hallal möchte man hören. Für Hamburg steht aber mehr auf dem Spiele als das bloße Vermeiden von Zollbelästigungen. Trennt man St. Pauli von Hamburg, so schneidet man damit die an der Elbe gelegenen Niederschleife, die Niederlagen der Amerikanischen Paddebootsgesellschaft, die Lager der Schiffsahrsarikel, die großen für den Export arbeitenden Etablissements, die Wiedlandplätze u. s. w. ab und führt gegen Hamburgs Handel einen furchtbaren Schlag. „Ein Ehreter Kaufmann“ zu Hamburg protestiere nun dagegen mit Kraft und Würde. Aber die Hamburger Kaufmannszille sollte auch daran denken, die Interessen der Zollvereins-Industrie besser wahrzunehmen. Wir widerstreben jeder Beugung des guten Rechts der Hanseaten, aber wir fordern sie auch dringend auf, nicht länger ihre benediktionsweise geographische Lage so auszubeuten, daß die Industrie des deutschen Blüterlandes darunter leidet und nur die Englands profitiert!

Die Ministerkrisis, die in Italien ausgebrochen ist, hat einen sehr ordinären Grund: persönliche Streitigkeiten und Eier nach dem Besitz der Regierungskraft. Die auswärtige Politik des Ministeriums Gaioli erhielt die Billigung des Parlaments, umso heller loberte der alte Bank um die innere Politik auf. Es stehen Neuwahlen vor der Thür und so droht sich Alles darum: Wer wird Minister des Innern sein, um die Wahlen leiten und beeinflussen und so seinen politischen Genossen die Staatsämter verschaffen zu können? Die Opposition benutzt eine Budgetfrage, um der Regierung ein Misstrauensvotum zu erheben. Statt das Budget im Ganzen vorzulegen und sich auf ein Jahr bewilligen zu lassen, läßt sich die Regierung nur immer auf einen Monat bewilligen. Dieses abgeschmackte Verfahren veranlaßte die Kammer zu einem Todesvotum. Die Regierung konnte nur entweder abtun oder die Kammer auflösen: sie wählte das Erstere.

Gladstone hat die Ansprüche der Radikalen auf entsprechende Vertretung in der Regierung befriedigen müssen. Eine interessante Zusammenstellung ist es jedenfalls, daß der vornehme seine aristokratische Post Granville als Unterstaatssekretär im Auswärtigen den Sir Charles Dilke erhalten hat, der aus seinen republikanischen Neigungen nie Heck machte. Dilke befürwortet zwar als Herausgeber der Zeitschrift „Athenaeum“ einen Namen von gutem Klang in der wissenschaftlichen Welt, aber es ist dann ein eigenhümliches Schauspiel, daß er und sein republikanischer Gesinnungsgenoss, der blinde Prof. Haworth, als Generalpostmeister, vor einer so hohen Königin das Knie beugen und ihr die Hand lössen. Von der Pflicht der Auseinandersetzung ist seinerzeit nur John Bright ausgenommen worden. Als Quäler konnte er sich dazu nicht versuchen; seine Leidenschaft wehrte sich überdrüssig gegen den Anzug. Mit Recht sagt man, die Scene mit dem Handtuch und der Auseinandersetzung Gladstone's in Windsor müsse der Beobachtung eines Moratuws dienen seien. Lord Beaconsfield gedenkt nunmehr einige Zeit später, im Landgut Hugheenden der Ruhe zu pflegen. „Wir ist noch nie das Glück zu Thell gemordet“, so bemerkte er im Freundekreise, „das Blühen meiner Bäume zu beobachten: ich will es jetzt mit Behagen genießen“.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 30. April. Reichstag. Zum Vorsitzenden der Stempelsteuerkommission ist Richter Melchers gewählt. Von Bente decretiert vor wiederum soll leeren Vorsitz über das Stempelsteuergesetz. Graf von Bagger-Kirchberg und Ruppert beantragen Regelung der Bestimmung, wonach ein Reichsstaatskommissar ernannt werden kann, um die landesherrlichen Maßregeln einheitlich zu gestalten bzw. wonach der Reichsstaatskommissar oder der Reichsstaatskommissar die Bedürfnisse der einzelnen Bundesstaaten mit direkten Anweisungen versehen soll. Streitigkeiten letzterer Bestimmung beantragt auch Freiherr v. O. Graf v. Bagger erklärt, daß Böhm erstmals das Bedürfnis einer einheitlichen Regelung nicht, weswährend er dem Bente, daß tief in bestehende Auseinandersetzungen eingreift, nicht bis aufs dinan bestreitet. Wenigstens bedürfe es nicht so drastischer Mittel, um die bundesstaatlichen Bedürfnisse zu veranlassen, ihre Pflicht zu thun. Minister Holmann entgegnet, ein Reichsstaatsabgeordneter sollte sein Herz auch für solche Bestimmungen erwidern, die nicht gerade für sein eignes Vaterland ein Bedürfnis sind. Nach längerer Diskussion über die Frage, ob durch die Befreiung, die Bundes-Staaten mit Anweisungen zu versehen, nicht eine Verhältnisbestimmung bestimmt werde, werden die gedachten Bestimmungen angenommen. Graf v. Bagger und Ruppert wollen nicht, daß die Böhm an die Gutachten der beamtenen Völkerate drängt, zu erlösen Seuchennormen unbedingt gebunden sei. Ein bissel Antrag wird mehrheitlich, auch vom Regierungsrat aus, bestimmt und dann abgelehnt. Graf v. O. beantragt Aufnahme folgender Bestimmung: „Das Zustreten, wie das Bilden einer Seude muss in den Amtsblättern des vereinigten Reichs und der anerkannten Seuden öffentlich bekannt gemacht werden. Der Antrag wird abgelehnt trotz des großen Gerüsts, das Antragsteller darauf legt. Günther-Sachsen beweint, daß die Regierungsvorlage die Impfung gegen die Pungenseuche nicht angeordnet wissen will (der Entwurf schreibt nur Immunisierung der Schafe in Päulen von Gefahr vor). Die Drogenie habe die grösste Verbreitung, es gebe kein sicherer Heil- und Schutzmittel da gegen. Sie ist allen anderen Wirtschaften aber anerkannt, daß die Impfung immer noch das beste Mittel dagegen sei. Wie die Seude einmali, gebe vom getimpften Vieh etwa die Hälfte, dem ungeimpften aber unter Umständen der ganze Stall verloren. Er bedauert, daß der sechsstädtische Streit, nicht aber die praktische Erfahrung hier den Ausdruck gebe und stellt ein diesbezügliches Amendingement für die dritte Sitzung in Aussicht. Nach der Regierungsvorlage sollen die näheren Vorrichtungen für eine Seude vom Bundesrat durch Anordnung erlassen werden. Nach den Kommissionen anträgen soll dies durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats geschehen. Diese Verordnung soll dem Reichstag sofort bestehendlich bei seinem nächsten Zusammensein vorgelegt werden und tauber Kraft zu legen sein, wenn es der Reichstag verlangt. Graf v. Holstein beantragt Weiterberichtigung der Regierungsvorlage im Interesse eines schnellen Verhandlens. Nachdem Minister Holmann, Schmiedel u. c. für den Antrag geschritten, ward Berthele, sowohl er die Vorlegung der Verordnung an den Reichstag betrifft, angenommen. Als die Zeit der Gebote durch die Gunze streift der Entwurf bestätigung oder Neufordnung und Verteilung der Gunze vor. Hermann wendet sich gegen die Hundekräfte. Seit 1876 habe es in Dresden deutlich Hundewerke gegeben; wenn eine Sirene zu Gunze geworfen, sei immer ein neuer toller Hund aufgetaucht. Volksheld sei die Hundekräfte angeordnet, damit aber eine große Unbedeutsamkeit gezeigt werden. Dreißig Jahre sei das so fort gegangen, dann habe die Polizei die Peine fallen gelassen; aber die lebte vorwiegend die Aufsichtsführung kommt tatsächlich dem Gebot der Peine gleich. Dresden sei aus diesen Missgründen nicht herausgekommen, aber die Tollwut habe nicht aufgedekt. Nach dem Gutachten einer ärztlichen Unterhülle sei die Hundekräfte nur schädlich. Es würde nicht der Stadt Volksheld zu leisten, wohl aber eine Prüfung der Kräfte, ob die Hundekräfte notwendig und zweckmäßig sei. Regel will durch möglichst hohe Hundekräfte die Gunze verhindern. Je weniger Hunde es sind, desto weniger können heißen. Die Sirene wurde bestätigt.

Berlin, 30. April. Die Petitionskommission des Reichstages berichtet neuerdings über die Antivivisektionbestimmungen und beschließt den Übergang zur Tagesordnung, da die bestehenden polizeilichen Maßregeln gegen die Tierquälerei genügend. Betrieb des vom Seniorencouvent des Reichstags für den 11. Mai in Aussicht gesetzten Reichstagsschlusses wird offiziell gekündigt. Die Entscheidung steht nur dem Kaiser zu und dürfte die Entscheidung des Kaisers kaum bestehen, da viele Petitionen unerledigt sind. Den Bundes-Meetingen ist vom Selbstschlusstreibnis nichts bekannt. Der Aufsichtsrat der Schiedsgerichtschaft beschließt eine außerordentliche Generalversammlung, behält die Wahl von Landräten auf den 24. Mai eingeräumt. Unzufrieden ist, daß Staatsrat Stephan den Namen Postsekretär in Postdirektor umwandeln will. Die Hamburger Petition fordert die Eingabeitung Hamburgs in das Reichsgebiet. Es verlautet, daß für Hamburg der kleine Belagerungszustand im Bunde bestanden bleibt. Der Post-Platz ist ein Zusammengang der Konservativen mit der Gruppe Bannister und während deshalb das Galenfest bei ihr die Liberalen unannehmbaren Punktes des Konkurrenzgesetzes; das Verbot des Galenfests durch Abstimmungsergebnis.

Arauña. Ein neues Manfest Jerome Napoleon standt an, daß er gegen die französischen Tentenzen der Konservativen protestiert. Berlin 8. 30. April. Der Streit, den 15.000 Arbeiter begonnen haben, dauert fort. Aussetzungen sind hierbei höchst vorkommen.

Nürnberg. Eine Meldung des „Nürnberger Courier“ aufwie erging an alle französischen Ausländer der Volkschule, innerhalb 6 Stunden Nürnberg zu verlassen. — Die deutsch-österreichische Korrespondenz hält die Nachrich über die Verhaftung des Attentäters Sembler aufrecht. Der Entdecker des Attentäters Gaul, welcher daher zum Major ernannt worden sei.

Vocales und Südliches.

Dem Altenhofkurator bei der bissigen Ag. Postdirektion, Herrn Carl Ernst Groß, ist das Dienstgebäude als Oberaufseher durch das Ag. Ministerium des Innern verliehen worden.

Die Waldarbeiter und Ortsleiter Aug. Verchne in Mulde und Aug. Klein L. in Mühlberg haben das allgemeine Gewerbe erlaubt.

Der Reichstagsschluss zur Verhinderung des Stempelsteuervorlage (Börsen- und Quittungsstempel) geht aus den häufigen Abgeordneten der Pro. Richter + Melchers an.

Herr Staatsrat Walther hat sich durch das rauhe Wetter nicht abhalten lassen, eine Urlaubsschule nach Karlsbad anzutreten.

Zur Vermessung und Absteckung der Eisenbahn Hainberg-Dippoldiswalde-Schmiedeberg sind zwei Sektionen eingerichtet, von denen die erste (Ingenieur Roth und Werner) den Trakt von Hainberg bis Seifersdorf resp. Walther, die zweite (Ingenieur Klett) den Trakt von Walther bis Schmiedeberg übernommen haben. Auf letzterem sind die Arbeiten bereits bis Dippoldiswalde unvollständig abgeschlossen.

Das 200-jährige Bestehen des sächsischen Garde-Regiments wird nicht, wie projektiert war, im Oktober d. J., sondern erst im Frühjahr 1881 feierlich begangen werden. Fürst Georg III. errichtete auch in der That erst 1881 ein siebenches Heer, welches sich sehr rasch vereinigte. 1883 sollte unter persönlicher Führung Leitens des Kavallerie und gelegentlich der Artillerie Wiss von den Thuren.

Der Schlußterm in zur Anmeldung für die im Herbst dieses Jahres in Buenos Ayres stattfindenden Industrie-Ausstellung ist auf 31. Juli d. J. festgesetzt worden. Bei dem Ag. Ministerium des Innern sind Anmeldeformulare zu haben sowie der Situationplan der Ausstellung u. einschließlich Dasselbe kann bei den Handelskammern des Landes gekauft werden.

Die Rechtsanwälte klagen bereits recht sehr über die geringe Vollarbeit des neuen Talar's. 60 Mark für einen Stoff, der wie Kunden reist, erscheint allerdings als ein günstigster Preis. Ein viel beschäftigter Sachwalter schreibt dieser Talar, der in einer Schätzgerichtsitzung einen langen Stoff bekommen hatte, zur schlechten Reparatur zu seinem Schreiber und fragt eine direkte Bemerkung über das schmale Material und ob sich eine andere Vorlage befindet. „Sagen Sie Ihrem Bringhalte“, rief er dem Schreiber zu, „daß keinen breiteren Gebinden könnte der Talar nicht so lange halten, wie ein Prächtiger.“

Der Schauspieler Baradell befindet sich jetzt in Leipzig, wie die Kritiker da melden, in Untersuchung wegen gewerbswidrig betriebenen Glücksspiels und soll sogar im Gefängnis stehen, sich solcher Karten debet zu haben; es werden dieser bald auch in Löbbecke Sicherheiten angehängt, ob Baradell während seines Aufenthaltes dort vielleicht hat schwulen kommen lassen.

Am geschäftlichen Verkehr werden vielfach Waaren unter falscher Bezeichnung des Ursprungsortes angeboten, verkauft oder gefaßt, oder das ist in jener Bezeichnung nach der Eigenschaft des Verkaufs mehr finden läßt, als eine „Anprallung der Waare“. Unter gewissen Umständen jedoch ist der Verlust von Waaren unter falscher Bezeichnung des Ursprungsortes als Vertrug zu bestreiten und das Reichsgericht hat neuerdings ein sicherer objectives Ur-